

19. Wahlperiode

## **Antrag**

---

der AfD-Fraktion auf Annahme einer EntschlieÙung

### **35 Jahre Friedliche Revolution und Mauerfall**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Am 9. November 2024 jährt sich der Fall der Berliner Mauer zum 35. Mal. Aus diesem Anlass erinnert das Abgeordnetenhaus an die glücklichen Tage und Wochen der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 als die kommunistische Diktatur in Ostdeutschland zusammenbrach und nach 28 Jahren die gewaltsame Teilung Deutschlands und Berlins endlich zu Ende ging.

Der Fall der Mauer läutete nicht nur das Ende der Spaltung Berlins, sondern auch der Spaltung Deutschlands und Europas ein.

In über 300 Orten in ganz Ostdeutschland hatten sich DDR-Bürger im September und Oktober 1989 gegen die SED-Herrschaft erhoben.

Wir erinnern uns dankbar derjenigen Menschen, die mutig auf die Straße gingen und ihre Stimme für ein freies, demokratisches und friedliebendes Deutschland erhoben.

Dabei würdigt das Abgeordnetenhaus die Leistung derjenigen Frauen und Männer, die der SED-Herrschaft bereits in den Jahren davor Widerstand entgegengesetzt und so zum Sturz der Diktatur beigetragen haben.

Das Abgeordnetenhaus gedenkt all derjenigen Menschen, die bis 1989 Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft geworden sind, die ermordet, verfolgt, inhaftiert, physisch und psychisch gefoltert, deren Gesundheit ruiniert oder deren Leben anderweitig beeinträchtigt wurde.

Denn die DDR war ein Staat, in dem Oppositionelle verfolgt oder zwangsausgesiedelt wurden, in dem es keine freien Wahlen gab, in dem Republikflucht unter Strafe stand und Grenzverletzer erschossen wurden, in dem Menschen unmenschliche Haftbedingungen erleiden mussten, in dem physisch und psychisch gefoltert wurde, in dem vermeintliche und tatsächliche politische Gegner der Bespitzelung und Zersetzung durch das Ministerium für Staatssicherheit ausgesetzt waren, in dem die Vernichtung der bürgerlichen Existenz zur Technik des Machterhalts gehörte, in dem Menschen unter gesundheitsschädlichen Bedingungen Zwangsarbeit leisten mussten, in dem keine grundlegenden Freiheitsrechte geltend gemacht werden konnten, in dem die Verfassung eine einzelne Partei als höchste Instanz des Staates festsetzte, in dem es kein unabhängiges Verfassungsgericht gab, in dem keine freie und unabhängige Presse existierte, in dem die Justiz nie unabhängig von den politischen Vorgaben von Staat und Partei war, in dem das Strafgesetzbuch zahlreiche politische Straftatbestände enthielt und in dem es eine große Zahl politischer Gefangener gab.

Dieser Unrechtsstaat brach im Herbst 1989 zusammen und verlor mit dem Mauerfall am 9. November 1989 seine Existenzgrundlage. Dass die kommunistische Machtelite in den entscheidenden Tagen jenes Herbstes vor einer „chinesischen Lösung“ mit dem Einsatz massiver Gewalt zurückschreckte, ist neben dem mäßigenden Einfluss des damaligen sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow, den Berlin in besonderer Erinnerung behält, vor allem der Friedfertigkeit der Millionen von Menschen zu verdanken, die damals auf die Straße gingen.

Die Friedliche Revolution gehört in die Reihe der großen Aufstandsbewegungen gegen die kommunistische Unrechtsherrschaft in Mittel- und Osteuropa seit 1945. Ihre Vorläufer waren der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, der Ungarische Volksaufstand 1956, der Prager Frühling 1968 und die Solidarność-Bewegung in Polen 1980/81.

Auch die Öffnung der Grenze zwischen Ungarn und Österreich nach dem „Paneuropäischen Picknick“ unter Beteiligung ungarischer Oppositioneller und Otto von Habsburgs im Sommer 1989 und die Flucht vieler tausender DDR-Bürger über die bundesdeutsche Botschaft in Prag trugen zum Sturz des SED-Regimes bei.

Der 9. November 1989 steht damit symbolisch für das Ende der Teilung Europas und für die Durchsetzung der Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte der europäischen Völker.

Der Jahrestag des 9. November ist daher auch ein Tag, der uns zur friedlichen Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn gemahnt.

Nicht in Vergessenheit geraten darf bei der Erinnerung an den 9. November 1989 die Erinnerung an den 9. November 1938, einer der dunkelsten Stunden der deutschen Geschichte, als auf Geheiß der nationalsozialistischen Staatsmacht Synagogen zerstört und Juden ermordet oder verschleppt wurden, Auftakt zur Ermordung von Millionen europäischer Juden.

Obwohl die DDR als selbsterklärter „antifaschistischer“ Staat für sich in Anspruch nahm, die Lehren aus der Zeit des Nationalsozialismus gezogen zu haben, bediente sich die Staatsführung eines antisemitischen Vokabulars und unterstützte palästinensische Terroristen in ihrem Kampf gegen Israel. Linke westdeutsche Antisemiten wie das spätere Mitglied des Abgeordnetenhauses der Grünen, Dieter Kunzelmann, oder der Rechtsterrorist Odfried Hepp konnten ebenso wie Abu Nidal und andere palästinensische Terroristen unbehelligt über Ostberlin ein- und ausreisen.

Die Botschaft von 1989 fällt daher in eins mit den Lehren aus der Zeit des Nationalsozialismus: nie wieder Totalitarismus, nie wieder Sozialismus – ob als nationaler Sozialismus oder als internationaler Sozialismus – und nie wieder Rassenwahn und Antisemitismus!

Der 9. November ist somit neben einem Tag großer Freude auch ein Tag der Mahnung und ein Tag der Erinnerung.

Das Abgeordnetenhaus betrachtet es als seine Aufgabe, das Wissen um die Teilung Deutschlands und Berlins sowie um den verbrecherischen Charakter der kommunistischen Diktatur ebenso im Bewusstsein der kommenden Generationen wach zu halten wie das Wissen um den verbrecherischen Charakter der nationalsozialistischen Diktatur und die Folgen des Antisemitismus.

Berlin, den 23. Oktober 2024

Dr. Brinker    Gläser    Trefzer  
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion